



Martin Gerster  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

29.09.2011

## **Rede zum Steuerabkommen mit der Schweiz**

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der SPD: Steuerabkommen mit der Schweiz und damit zusammenhängende Fragen der Steuergerechtigkeit

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat der Kollege Martin Gerster für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Martin Gerster (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin, ehrlich gesagt, noch immer fassungslos über die Redebeiträge vonseiten der FDP-Fraktion. Frau Dr. Reinemund, dass wir im Finanzausschuss die Chance gehabt haben sollen, die Verhandlungen mit der Schweiz kontinuierlich und intensiv zu begleiten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

dazu muss ich sagen: Das ist überhaupt nicht wahr! Wir hatten doch überhaupt keine Chance, diese Verhandlungen zu begleiten. Sie haben das im stillen Kämmerlein mit sich selbst ausgemacht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Widerspruch bei der FDP)



Martin Gerster  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Ich kann noch sagen, Frau Dr. Reinemund: Bei Ihnen drücke ich ein Auge zu;

(Dr. Birgit Reinemund [FDP]: Das ist lieb!)

denn Sie sind schließlich neu im Bundestag, das ist Ihre erste Wahlperiode. Aber, Herr Wissing, das hier ist Ihre dritte Wahlperiode. Darüber, dass Sie sich mit Ihrer Erfahrung hier hinstellen und erklären, dass unter den SPD-Finanzministern in diesem Punkt überhaupt nichts passiert ist,

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Das ist richtig!)

bin ich fassungslos. Wo waren Sie denn all die Jahre hier im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages? Es waren SPD-Finanzminister, die sich dieses Themas angenommen haben: Hans Eichel hat das Thema Zinsrichtlinie engagiert vorangebracht.

(Beifall bei der SPD)

Es war der Finanzminister Peer Steinbrück, der auf die OECD-Standards hingewiesen hat und zusammen mit den Franzosen das Londoner Kommuniqué durchgedrückt hat.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der FDP)

Auch hat er erreicht, dass die Schweiz auf die Schwarze Liste kam. Das war doch der Ausgangspunkt des Ganzen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der FDP: Heiße Luft!)



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Was Sie hier letztendlich bringen, ist gar nichts. Man muss Ihnen zugutehalten: Ihre Position beim Thema Steuerhinterziehung ist konsequent. Die Frage ist nur: Auf welcher Seite stehen Sie eigentlich? Das ist ja der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wissing, kein einziges Mal haben Sie das Wort „Steuerhinterziehung“ überhaupt in den Mund genommen. Um dieses Thema geht es hier aber.

(Beifall bei der SPD – Joachim Poß [SPD]: Herr Wissing kennt keine Steuerflüchtlinge!)

Schauen wir einmal, was Sie gemacht haben und wofür Sie die Verantwortung tragen. Welche Landesregierung hat sich denn geweigert, eine CD mit Daten von Steuerhinterziehern zu kaufen? Das war die schwarzgelbe Landesregierung von Baden-Württemberg. Abgewählt worden sind Sie dafür.

(Beifall bei der SPD)

Wer hat denn dafür gesorgt, dass die strafbefreiende Selbstanzeige weiterhin gilt? Das waren Sie! Wir wollten sie abschaffen. Aber Sie waren dagegen.

Ich muss sagen: Dieses Steuerabkommen mit der Schweiz ist wirklich der Gipfel. Die Schweiz ist zwar ein Alpenland, das ist klar. Aber das, was jetzt auf dem Tisch liegt, ist wirklich der Gipfel. Man muss ganz klar sagen, dass sich die Schweizer darüber freuen. Ein Blick in die Schweizer Medien bestätigt diese Vermutung. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb schon am 16. August dieses Jahres – ich darf zitieren –:



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Das ist wohl das grösste Plus: Der Schweizer Seite ist es gelungen, die Interessen der Kunden in unerwartet hohem Mass zu schützen.

Darüber freuen sich die Schweizer. Aber die Frage ist doch: Was sind denn die Interessen der Kunden? Wer sind denn diese Kunden überhaupt? Das sind Steuerhinterzieher. Das sind Steuerbetrüger. Das sind Steuerkriminelle.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen muss man sich fragen: Was ist denn das für ein Lob, welches die Neue Zürcher Zeitung der Schweizer Regierung ausstellt? Das ist ein Armutszeugnis für Ihr Verhandlungsergebnis in Bezug auf dieses Abkommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letztendlich muss man sagen: In Zukunft wird sich ein Steuerbetrüger entscheiden können: Eine Möglichkeit ist die strafbefreiende Selbstanzeige. Wir wollten sie abschaffen – ich habe es erwähnt –; Sie waren dagegen.

Jetzt gibt es eine neue Variante: Es besteht die Möglichkeit, die Abgeltungsregelung zu wählen und weiterhin anonym zu bleiben. Es ist aus meiner Sicht ein Skandal, dass wir diesen kriminellen Menschen, die uns Gelder vorenthalten, die uns gehören und die für Investitionen in Bildung und Verkehr wichtig wären, zusichern, gegen Zahlung anonym zu bleiben.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Was schlagen Sie denn vor?)

Das ist schwarz-gelbe Steuerpolitik. Das ist Ablasshandel pur, was hier gemacht wird.



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen muss ich sagen: Was mich an dieser ganzen Debatte stört, ist, dass man von einer „Steuersünde“ spricht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber selber von Ablasshandel reden!)

Hier wird doch keine Sünde begangen, sondern hier handelt es sich um ein ganz gezieltes Kalkül, am deutschen Finanzamt und damit auch an uns allen vorbei Geld in die Schweiz zu transferieren. Das ist ein Betrug an unserer Gesellschaft insgesamt.

Der von Ihnen vorgelegte Entwurf für ein Steuerabkommen mit der Schweiz ist und bleibt ein Schlag ins Gesicht aller ehrlichen Steuerzahler.

(Dr. Birgit Reinemund [FDP]: Was passiert, wenn Sie es ablehnen?)

In der FAZ vom 27. September war zu lesen, zu welchem Ergebnis Experten gekommen sind, die die Folgen Ihres Abkommens noch einmal genau durchgerechnet haben. Das Ergebnis war: Je dreister und konsequenter die Steuerhinterziehung in Richtung Schweiz, desto mehr profitieren die Betrüger von Ihrem Abkommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen lehnen wir dieses Abkommen ab. Wir werden im Bundestag und zusammen mit den SPD-geführten Bundesländern dafür sorgen, dass es nicht in der vorgesehenen Form durchkommt.



Martin Gerster  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17130.pdf#P.15285>